

Melanie Bitter



A 2005/11931

Spieltheorie und öffentliche Verwaltung

Behördliche Informationsbeschaffung durch spieltheoretische
Mechanismen. Eine Untersuchung unter besonderer
Berücksichtigung verschiedenartiger Rationalitäten.



Nomos

Inhalt

Einleitung: Die Problemstellung	15
Teil A: Informationsgewinnung in der öffentlichen Verwaltung	19
A. Information in der juristischen Entscheidungsfindung	19
B. Informationsgewinnung durch Behörden	21
I. Anlässe behördlicher Informationsgewinnung	22
II. Der Untersuchungsgrundsatz	22
1. Geltung und Anwendungsbereich des Untersuchungsgrundsatzes	22
2. Inhalt des Untersuchungsgrundsatzes	23
3. Insbesondere: Der Untersuchungsumfang	23
4. Art der Informationsbeschaffung und Untersuchungsgrundsatz	24
III. Das Beweisrecht	25
1. Die Beweismittel	26
2. Die Beweiswürdigung	26
3. Das Beweismaß	27
a) Die objektive Beweismaßtheorie	28
b) Die gemischte Beweismaßtheorie	30
c) Die subjektive Beweismaßtheorie	33
d) Die Vorzüge der subjektiven Beweismaßtheorie	39
4. Die Beweislast	41
5. Beweiserleichterungen	41
a) Indizienbeweis	41
b) Anscheinsbeweis	42
c) Vermutungen	43
IV. Die Beteiligung des Bürgers bei der Informationsbeschaffung	45
1. Begriff der Mitwirkungspflicht	46
2. Allgemeines zur Mitwirkungspflicht	46
3. Kategorien von Mitwirkungspflichten	47
4. Mögliche Inhalte von Mitwirkungspflichten	48
C. Zusammenfassung	49
Teil B: Spieltheorie und Informationsoffenbarung	51
A. Einführung in die Spieltheorie	51
I. Allgemeines zur Spieltheorie	51

II. Spieltheoretische Grundbegriffe	52
B. Information in der Spieltheorie	53
C. Signaling	58
I. Darstellung des „Signaling“	58
II. Modellierungsbeispiel: Ausbildung als Signal	60
D. Screening	64
E. Auktionen	66
I. Definition und Vorzüge von Auktionen	66
II. Gestaltungsmöglichkeiten von Auktionen	66
III. Grundtypen von Auktionen	68
IV. Vergleich der Auktionstypen	69
1. Bietverhalten	69
2. Auktionsertrag	71
3. Effizienz	71
F. Gegenüberstellung spieltheoretischer und behördlicher Beschaffungsformen	72
Teil C: Spieltheoretische Mechanismen und ihre Anwendungsmöglichkeiten	75
A. Auktionen in der öffentlichen Verwaltung	75
I. Verteilungsentscheidungen bei Ressourcenknappheit	75
II. Die UMTS-Auktionen – Ablauf, Gestaltung, Ergebnis	76
B. Signaling und Screening in der öffentlichen Verwaltung	78
I. Anwendungsmöglichkeiten von Signaling in der öffentlichen Verwaltung	79
1. Überwachung im Umweltschutz und Informationsprobleme	79
2. Das Öko-Audit – Vorstellung eines Konzepts	81
3. Das Öko-Audit als Signal eines Signaling-Spiels	82
II. Anwendungsmöglichkeiten von Screening in der öffentlichen Verwaltung	85
1. Genehmigungsverfahren und Informationsprobleme	85
2. Das Verfahrensmenü als Screening-Mechanismus	86
C. Die Annahme der Tauglichkeit spieltheoretischer Mechanismen	89
D. Taxonomie der Verwendungsformen spieltheoretisch erlangter Information	89
Teil D: Das Zusammentreffen verschiedener Formen von „Rationalität“	92
A. Die Rationalität spieltheoretischer Informationsbeschaffung	92

I. Methodologischer Individualismus	92
II. Ausgangssituation des Individuums	93
III. Handlungsziel des Individuums: Nutzenmaximierung	93
1. Präferenzen und Nutzen	94
2. Maximierung als Ziel	97
IV. Handlungsweise des Individuums: Rationalität	98
V. Insbesondere: spieltheoretische Rationalität	99
VI. Methodologischer Status des Rationalparadigmas	100
VII. Zusammenfassung	103
B. Die „Rationalität“ der behördlichen Informationsbeschaffung	103
I. Die Informationsbeschaffung im System des Verwaltungsrechts	104
1. Die Verwaltung und ihre Funktion im Staatsgefüge	105
2. Die Verwaltungsentscheidung als Verwirklichung der Verwaltungsaufgaben	107
3. Das Verwaltungsverfahren als Verwirklichungsmodus	108
4. Die „Rationalität“ des Verwaltungshandelns als Systemrationalität	111
5. Die Informationsbeschaffung im systemrationalen Verwaltungshandeln	114
a) Die funktionelle Rolle von Information für juristische Entscheidungen	114
b) Die rechtliche Rolle von Information für juristische Entscheidungen	115
c) Zusammenfassung	116
II. Einfluß der Systemrationalität auf die Informationsbeschaffung	116
1. Untersuchungsgrundsatz und „Verwaltungsrationalität“	117
2. Beweisrecht und „Verwaltungsrationalität“	118
a) Die Schwierigkeit der Erkenntnis von Wahrheit	119
b) Die Unmöglichkeit intersubjektiver Begründbarkeit von Wahrheitsfeststellungen	121
c) Die Antwort des Kritischen Rationalismus	122
d) Das Beweisrecht als juristische Antwort auf Erkenntnisprobleme	122
3. Mitwirkungspflichten und „Verwaltungsrationalität“	126
4. Zusammenfassung	127
C. Spieltheoretisches Rationalitätsparadigma und verwaltungsrechtliche Systemrationalität – ein Vergleich	127
Teil E: Das Recht der Informationsbeschaffung und Spieltheorie	132
A. Spieltheoretische Mechanismen und der Untersuchungsgrundsatz	133
I. Die Kompatibilität mit dem Gebot vollständiger Ermittlung	133
1. Vollständige Ermittlung entscheidungsrelevanter Umstände	133
2. Vollständige Ermittlung entscheidungserheblicher Umstände	135

II. Die Kompatibilität mit der Rolle der Behörde als Ermittlungssubjekt	137
III. Die Kompatibilität mit der Art der Informationsbeschaffung	144
B. Spieltheoretische Mechanismen und das Beweisrecht	144
I. Spieltheoretische Mechanismen als Anscheinsbeweis	146
1. Die Konklusion im Rahmen des Anscheinsbeweises	146
2. Fehlen eines Anscheinsschlusses spieltheoretischen Mechanismus	148
a) Die Konklusion im Rahmen der Spieltheorie und der Mangel an Empirie	148
b) Unzulässigkeit einer Erweiterung des Anscheinsbeweises	149
II. Spieltheoretische Mechanismen als Indizienbeweis	152
III. Erfahrung modelladäquater Geschehensabläufe als Beweisbasis	154
C. Spieltheoretische Mechanismen und Mitwirkungspflichten	155
I. Mitwirkungspflichten und subjektive Rechte des Mitwirkungsverpflichteten	155
II. Mitwirkungspflichten und Demokratiegebot	163
D. Zusammenfassung	168
Teil F: Ökonomisches und rechtliches „Menschenbild“	169
A. Der Homo oeconomicus	169
B. Das Menschenbild des Rechts – der Homo iuris	171
I. Rechtsquellen und Bedeutung des rechtlichen Menschenbildes	171
II. Begriff und Funktion des Menschenbildes	172
III. Die Notwendigkeit eines offene Menschenbildes	172
IV. Zwischen Freiheit und Schutzbedürftigkeit	173
V. Zwischen Sittlichkeit und Überwachungsbedarf	177
VI. Zwischen Individualität und Gemeinschaftsbezogenheit	177
VII. Zusammenfassung	178
VIII. Methodische Einordnung des Menschenbildes	179
C. Homo oeconomicus und Homo iuris – Kompatibilität oder unauflösbare Kollision?	181
I. Der Mensch im Recht und der methodologische Individualismus	182
II. Der Mensch im Recht und die ökonomische Handlungsrationalität	183
1. Die Anerkennung von Rationalität im Homo iuris	183
2. Die Berücksichtigung von Nichtrationalität im Homo iuris	186
III. Der Mensch im Recht und das Motiv der Nutzenmaximierung	194
1. Freiheit zur Wahl einer eigenen Handlungsmotivation	195
2. Das Recht auf Nutzenmaximierung	196

3. Gemeinwohlförderung durch Nutzenmaximierung	197
4. Fehlende Regelbindung durch Nutzenmaximierung	198
5. Die Unterstellung fehlender Regelbindung	199
6. Zwischenergebnis	209
IV. Der Mensch im Recht und die Generalisierung durch die Spieltheorie	210
1. Allgemeines zu legislativen Typisierungen	214
2. Vorteile von Typisierungen	216
3. Grundrechtliche Anforderungen an legislative Typisierungen	216
a) Typisierung und der Gleichheitsgrundsatz	217
b) Typisierung und die Freiheitsgrundrechte	219
c) Voraussetzungen rechtmäßiger legislativer Typisierung	221
4. Zulässigkeitsvoraussetzungen spieltheoretischer Generalisierung	225
a) Eingriffstiefe und Angemessenheit	225
b) Geringe Zahl negativ Betroffener – Erforderlichkeit empirischer Fundierung?	228
5. Zwischenergebnis	231
D. Zusammenfassung	231
Teil G: Résumé	233
Teil H: Zusammenfassende Thesen	241
Gesamtliteraturverzeichnis	244